

Pendlerpauschale: Ungerechtigkeit zwischen Stadt und Land im Fokus!

Diskussion über Pendlerpauschale: Experten fordern Reformen zur Entlastung einkommensschwächerer Haushalte und Klimaschutzmaßnahmen.



Deutschland - Die Diskussion um die Pendlerpauschale in Deutschland gewinnt an Fahrt. Experten warnen vor den zunehmenden sozialen und umweltpolitischen Ungerechtigkeiten, die durch die aktuelle Regelung begünstigt werden. Ludger Baba, ein Forscher am Institut Empirica, hebt hervor, dass vor allem Städter von den Subventionen des Deutschlandtickets profitieren, während die soziale Wohnraumförderung hauptsächlich in städtische Gebiete fließt, was nicht hinterfragt wird. Trotz der steigenden CO2-Preise wird die Pendlerpauschale von den Experten nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern es werden Reformen als notwendig erachtet.

Ein zentraler Punkt in der Diskussion ist der Vorschlag von DIW-Steuerexperte Bach, die Pendlerpauschale anders zu berechnen. Derzeit reduziert die Pauschale nur das zu versteuernde Einkommen. Bach empfiehlt, die Pauschale direkt auf den tatsächlichen Steuerbetrag anzurechnen und schlägt eine Einführung eines Tax Credits von 13 Cent pro Entfernungskilometer vor. Diese Änderungen könnten einkommensschwächere Pendler auf dem Land stärker entlasten, da die derzeitige Regelung vor allem denjenigen zugutekommt, die bereits mehr verdienen.

Soziale Ungleichheit durch Pendlerpauschale

Die derzeitige Pendlerpauschale sieht eine Erhöhung auf 38 Cent ab dem 21. Kilometer vor. Allerdings profitieren vor allem Gutverdiener von dieser Regelung. Laut einer Analyse erhalten die ärmsten 20 % der Haushalte lediglich 0,33 % ihres verfügbaren Einkommens durch die Pauschale zurück, während gutverdienende Pendler oft überdurchschnittliche Steuerrückerstattungen erhalten. Ein Beispiel verdeutlicht das Ungleichgewicht: Eine Pendlerin, die 40 Kilometer zur Arbeit fährt, kann über 1.100 Euro Steuerrückerstattung geltend machen, was ihre Ausgaben durch den CO2-Preis mehr als kompensiert.

Zusätzlich zur geplanten Erhöhung diskutiert das Umweltbundesamt die Pendlerpauschale als umwelt- und klimaschädliche Subvention. Kritiker argumentieren, dass sie Anreize für längere Arbeitswege schafft und das Verkehrsaufkommen erhöht, was den Umweltzielen widerspricht. Der Deutsche Landkreistag widerspricht diesen Aussagen und betont, dass die Besteuerung nach objektiver Leistungsfähigkeit erfolgen sollte.

Zukünftige Reformen und Ausblick

Die Reformen zur Pendlerpauschale sind im Koalitionsvertrag für den 1. Januar 2026 festgelegt, stehen jedoch unter Finanzierungsvorbehalt. In der zweiten Jahreshälfte sind weitere Diskussionen über die soziale Gerechtigkeit und die Klimawirkung der Pendlerpauschale zu erwarten. Experten schlagen zudem radikalere Änderungen vor, wie die Umgestaltung der Entfernungspauschale zu einem „Mobilitätsgeld“, das alle Verkehrsmittel umfassen würde. Diese Maßnahmen könnten Haushalte mit geringem Einkommen deutlich entlasten und gleichzeitig den ökologischen Fußabdruck verringern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Pendlerpauschale in ihrer derzeitigen Form weder sozial gerecht noch umweltschonend ist. Die Herausforderungen, die sie mit sich bringt, erfordern dringend eine kritische Neubewertung und Reform, um die Gleichbehandlung aller Pendler sicherzustellen und klimapolitische Ziele nicht aus den Augen zu verlieren.

Für weitere Informationen zu den aktuellen Entwicklungen zur Pendlerpauschale lesen Sie mehr bei **MDR**, **Öko-Institut** und **Tagesschau**.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.mdr.de • www.oeko.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de